

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Sticht-Duncker)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 61.

Berlin, Sonnabend, 31. Juli 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Arbeiter, Unternehmer und Staat. — 50. Allgemeiner deutscher Genossenschaftstag zu Freiburg i. B. — Eine Hilfstuppe der Agrarier. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Arbeiter, Unternehmer und Staat.

II.

Wo es sich um Fragen des Arbeitsverhältnisses und auch um die Anerkennung der sozialen Gleichberechtigung handelt, haben natürlich auch die Unternehmer ein Wortchen mitzusprechen. Ihre Stellung den Bestrebungen der Arbeiter gegenüber ist eine recht verschiedenartige, so daß man sozusagen mehrere Typen unterscheiden kann. Da ist zunächst eine Gruppe von Arbeitgebern, die eine erfreuliche Erscheinung darin erblickt, daß die Arbeiter selbst das Verlangen haben, in Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen zu handeln, und deshalb auch bereit sind, mit ihnen in Verhandlungen einzutreten. Diese Arbeitgeber geben von der richtigen Anschauung aus, daß es für sie selbst ein Vorteil ist, mit einem Arbeiterstande zu tun zu haben, der an sozialer Bildung möglichst weit vorgeschritten ist. Ein solches Verhältnis kann und muß zeitweilig zu Reibungen führen, zu Arbeitsstörungen und Veräufserklörungen. Mehr und mehr aber werden solche Uebelstände verschwinden und einem durch Tarife herbeigeführten Vertragsverhältnis Platz machen. Diese Art von Arbeitgebern hat jedenfalls erkannt, daß das Streben der Arbeiter nach Selbständigkeit auf die Dauer nicht zurückgebrängt werden kann. Sie verzichten auf den vergeblichen Versuch, das Rad der Zeit zu hemmen, und gewähren ihren Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht am Arbeitsvertrage. Vertreter dieses Typs der Arbeitgeber sind der verstorbene Richard Roepke, Prof. Abbe, Heinrich Freese. Auch im deutschen Buchdruckergerber hat die Macht der Verhältnisse solche Unternehmer geschaffen. Leider aber muß gesagt werden, daß dieser Typ sich zurzeit noch recht in der Minderheit befindet. Die „weißen Raben“, wie die Arbeiter solche Arbeitgeber nennen, sind sehr selten.

Eine andere Gattung von Unternehmern steht den Bestrebungen der Arbeiter nach materiellem und geistlichem Fortschritt ebenfalls mit Wohlwollen gegenüber. Es sind oft Leute von liberaler Weltanschauung, die den Arbeitern ein freihandliches ausgebautes Koalitionsrecht gönnen, die, wenn sie selbst der Volksvertretung angehören, energisch dafür eintreten, die gegen ein besseres Vereins- und Versammlungsrecht nicht das geringste einzuwenden haben und auch sonst für die berechtigten Forderungen der Arbeiter Verständnis zeigen. Kommt es aber dazu, daß die Arbeiter ihres Betriebes von den ihnen gesetzlich gewährtesten Rechten Gebrauch machen, dann befällt diese Arbeitgeber oftmals ein heilloser Schrecken, und sie sträuben sich, nun auch in der Praxis die Konsequenzen der von ihnen vertretenen Grundsätze zu ziehen. Derartige Fälle sind gar nicht selten, und die Zahl dieser Unternehmerkategorie so groß, daß es sich erübrigt, Beispiele anzuführen.

Dann muß noch eine dritte Klasse von Arbeitgebern kurz charakterisiert werden, die Freunde des „patriarchalischen Verhältnisses“, die deswegen auch die gelben Gewerkschaften ins Leben rufen und fördern. Sie gehen in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse von dem Grundsatz aus, daß der Arbeitgeber „väterlich“ für den Arbeitnehmer

zu sorgen hat. Er soll ihm den Lohn geben, so gut es nach seiner — des Arbeitgebers — Meinung die Verhältnisse erlauben. Er soll Wohlfahrtseinrichtungen schaffen, für Arbeiterwohnungen sorgen, den Arbeiter vor „schlechter“ Lektüre bewahren und ihn womöglich auch an dem Eingehen einer unzeitigen Ehe schützen. Daß aber der Arbeiter ein Wortchen bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitpricht, davon kann keine Rede sein. Denn ein solches Mitsprechen könnte leicht zum Käsonieren führen; Käsonieren aber schädigt die Disziplin, und ohne Disziplin kann die Industrie nicht bestehen.

Wer sieht bei dieser Charakteristik nicht das Bild des Feiern. v. Stumm vor sich aufsteigen? Er ist der klassische Vertreter des zuletzt gekennzeichneten Unternehmertyps, zu dem auch die Rirdorf, Thyssen, Stinnes und zahlreiche andere zu rechnen sind, und der gerade in der Großindustrie am weitesten verbreitet ist. Es sind dies die Kreise, die vermöge ihrer guten Beziehungen zur Regierung einen großen Einfluß ausüben, die gegebenenfalls selbst Minister zu stürzen vermögen, die die Einbringung von Zuchttausbordnungen bewirken und für ihre Durchführung auch die nötigen Mittel zu beschaffen imstande sind, die jeden sozialen Fortschritt zu hindern wissen und unter dem Namen „Scharfmacher“ bekannt sind.

Gewiß gibt es auch noch Zwischenarten; im großen Ganzen aber dürfte, soweit das in diesem knappen Rahmen überhaupt möglich ist, das deutsche Unternehmertum in seinen Spielarten mit obigem zutreffend charakterisiert sein. Das Scharfmachertum in seinen verschiedenen Variationen hat in vielen und gerade den ausgedehntesten Industrien noch die Oberhand. Das allein erklärt z. B. das fast gänzliche Fehlen von Tarifverträgen in der Großindustrie und die Erbitterung und Brutalität, die in den Arbeitskämpfen der letzten Jahre zum Ausdruck gekommen sind. Fast jede, noch so unbedeutende Bewegung wird seitens der Unternehmer zu einer Machtsprobe gemacht. Jede Arbeitseinstellung, mag sie noch so berechtigt sein, wird mit einer Aussperrung beantwortet, von der oft Tausende von Unbeteiligten betroffen werden.

Derartige Zustände sind der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht günstig; sie schädigen in der Tat die gesamte Industrie. Deshalb ist eine Aenderung dringend erwünscht. Wohl wissen wir, daß ein richtiger Scharfmacher ebenso wenig von seinem Herrenstandpunkte läßt wie die Katze vom Maufen. Trotzdem wird mit der Zeit ihre Zahl geringer werden; denn die Einsicht, daß der dauernde Kriegszustand der Industrie schädlich und für die Arbeit sowohl als auch für das Kapital von Nachteil ist, wird mehr und mehr ebenso in den Kreisen der Unternehmer Platz greifen, wie sie in den Klassenkämpfern „freien“ Gewerkschaften Eingang gefunden hat, die heute von dem Friedensinstrument des Tarifvertrages den weitgehendsten Gebrauch machen. Und die Arbeiterorganisationen können diesen Entwicklungsgang beschleunigen, wenn sie, anstatt ihre besten Kräfte in gegenseitigen Kämpfen zu zerplittern, ihre ganze Arbeit darauf richten, das gewaltige Heer der Indifferenten für den Organisationsgedanken empfänglich zu machen, für die Berufsvereine zu gewinnen. Soviel gibt es auf diesem Felde noch zu tun, soviel Belehrung und Aufklärung ist noch notwendig, daß auch die geringste Kräftevergeudung eigentlich ein Verbrechen an der Arbeiterschaft ist. Wenn es aber

erst einmal gelungen ist, die übergroße Masse der Arbeiter zu organisieren und damit dem geinterten Unternehmertum ein ebenbürtiges Gegengewicht entgegenzustellen, dann werden die Scharfmacher schon nach und nach von ihrem Herrenstandpunkte herabzustiegen sich bequemen müssen.

Das sind keineswegs neue Gedanken; sie müssen aber von Zeit zu Zeit den Arbeitern immer wieder einmal zu Gemüte geführt werden. Ihre Verwirklichung aber wird um so näher gerückt, je mehr die Arbeiter erkennen, daß eine allumfassende Organisation nur möglich ist auf dem neutralen Boden der Deutschen Gewerkevereine.

Aber auch der Staat kann und muß dazu beitragen, daß die Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lage von Erfolg gekrönt sind. Ein Organismus, wie der Staat, kann nur gedeihen, wenn seine einzelnen Glieder gesund sind. Deshalb hat der Staat ein Interesse daran, daß sich seine arbeitende Bevölkerung in günstigen sozialen Verhältnissen befindet. Er muß also durch eine vernünftige Schutzgesetzgebung Leben und Gesundheit der Arbeiter zu fördern suchen. Er muß weiter den scharfmacherischen Tendenzen entgegenreten und vielmehr den sozialen Fortschritt auf allen Gebieten zu fördern suchen. Die genossenschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter muß durch ein freihandliches Vereins- und Versammlungsrecht, durch die wahre Koalitionsfreiheit unterstützt werden. Die bürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiter muß durch Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Landtage der einzelnen Bundesstaaten zum Ausdruck gebracht werden. Und noch manche andere Aufgabe des Staates wäre hier zu nennen. Vor allem aber kommt es darauf an, daß durch eine verständige Wirtschafts- und Steuerpolitik endlich diesem unerhörten Zustande ein Ende gemacht wird, daß zugunsten einer kleinen bevorrechteten Kaste die großen Massen des Volkes und damit vor allem die Arbeiter immer tiefer niedergedrückt werden. Etwas Schlimmeres als die sogenannte Reichsfinanzreform kann uns in dieser Hinsicht eigentlich kaum noch geboten werden. Die Erbitterung, welche die neuen Steuern auslösen müssen, wenn sie erst einmal in Kraft sind, wird auch unseren Staatsmännern nicht verborgen bleiben. Möglich, daß ihnen dann zum Bewußtsein kommt, was man angerichtet hat. Ungehauer sind die Opfer, die das Volk jetzt bringen muß. Vielleicht aber erweist sich dadurch die Finanzreform als jene Kraft, die das Böse will und doch das Gute schafft!

50. Allgemeiner deutscher Genossenschaftstag zu Freiburg i. B.

Am 9., 10. und 11. August d. J. werden die Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes Deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Schulze-Delitzschsches Verbandes) zu Freiburg i. B. ihre Tagung abhalten. Die Genossenschaften des Verbandes konnten im Vorjahre bei ihrer Tagung in Frankfurt a. M. die 100. Wiederkehr des Geburtsstages des großen Organisations Schulze-Delitzsch festlich begehen; in diesem Jahre können sie das 50jährige Bestehen ihres Verbandes, des ältesten deutschen Genossenschaftsverbandes, feiern. Wenn aber auch dieses Jubiläum natürlich besonders gedacht werden wird, so wird die Aufgabe der Versammlung doch nicht diejenige einer Festveranstaltung sein, sondern in der Erörterung und Stellungnahme zu wichtigen Fragen des Genossenschaftslebens und unseres gesamten Wirtschafts-

Lebens, insofern es die Genossenschaften besonders berührt, bestehen.

Der eigentlichen Tagung geht am 8. August eine Reihe von Sitzungen der vom Verbands begründeten großen und legerreich wirkenden sozialen Einrichtungen voraus, der sogenannten Hilfskassen, der Ruhegehaltskassen und der Witwen- und Waisenpensionskassen. Die Tagesordnung der Versammlungen am 9., 10. und 11. August weist außer einer Reihe von Gegenständen von speziell genossenschaftlichem Interesse (Einrichtung von Sandbibliotheken für Fachliteratur der Genossenschaften, bilanzmäßige Behandlung der rückständigen Geschäftsanteile-Einzahlungen und Führung einer Belastungsliste für Kreditgenossenschaften usw.) eine ganze Reihe von Punkten auf, die auch für weitere Kreise von großem Interesse sein werden. So wird z. B. der Genossenschaftstag Stellung nehmen zu der Frage, inwiefern die Genossenschaften sich mit der heutzutage soviel erörterten Diskontierung von Buchforderungen befassen sollen. Auch zu den in neuerer Zeit hervorgetretenen Bestrebungen, für den Kredit der Hausbesitzer genossenschaftliche Sonderorganisationen, sogen. Hausbesitzerkreditgenossenschaften, zu schaffen, wird der Allgemeine Genossenschaftstag — und zwar, wie vorauszuheben ist, in ablehnendem Sinne — Stellung nehmen.

Ein Antrag des Anwaltes des Allgemeinen Verbandes, Dr. Crüger, sucht im einzelnen die Grundsätze festzulegen, deren Anwendung den Genossenschaften bei Kreditgewährungen mit langer Frist zu empfehlen ist. Es ist das eine Frage, die insbesondere für die Landwirtschaft von besonderem Interesse ist, da gerade in Kreisen der mittleren und kleineren Landwirte die genossenschaftliche Organisation besondere Verbreitung gefunden hat.

Die zurzeit im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehende und z. B. bei Gelegenheit der Reichsbankenquete eifrig erörterte Frage, ob und inwiefern eine gesetzliche Regelung der Annahme und geschäftlichen Verwendung von Depositen und Spargeldern geboten sei, wird erörtert werden bei einem Antrag des Unterverbandes der Unterbadi-schen Kreditgenossenschaften, der dahin geht, daß der Geschäftsverkehr der Genossenschaften keinen Anlaß zum Erlaß gesetzlicher Bestimmungen über das Depositenwesen und das Sparsparwesen gebe.

In der für die besonderen Angelegenheiten der Konsumgenossenschaften bestimmten Versammlung steht ein Antrag des Unterverbandes der Rheinisch-Westfälischen Konsumvereine zur Debatte, wonach der Allgemeine Genossenschaftstag Stellung nehmen soll zu der Frage der Gründung sogenannter Bezirkskonsumvereine, d. h. großer Einzelgenossenschaften, die sich nicht auf einen Ort beschränken, sondern systematisch ein großes Gebiet konsumgenossenschaftlich organisieren wollen. Der vorliegende Antrag mißbilligt die planmäßige Ausdehnung einzelner Konsumgenossenschaften über ihre natürlichen Grenzen hinaus und die damit verbundene Auflösung oder Unterdrückung an sich lebensfähiger kleinerer Einzelgenossenschaften, und erblickt in einem solchen Vorgehen einen Verstoß gegen den wichtigsten genossenschaftlichen Grundgedanken: die Selbständigkeit der Einzelgenossenschaft.

Weitere Vorträge werden sich mit der für die Konsumvereine praktisch so wichtigen Lagerhalterfrage beschäftigen, sowie mit der Liquidität der Konsumvereine.

Von den Verhandlungsgegenständen der Baugenossenschaften ist für weitere Kreise von besonderem Interesse die sogenannte Mietverlustversicherung, welche durch das neue, im Jahre 1910 in Kraft tretende Reichsgesetz über den Versicherungsvertrag in Deutschland ermöglicht wird. Die Baugenossenschaften — und nicht nur sie, sondern auch weite Kreise der Hausbesitzer, Hypothekengläubiger usw. — sehen mit Interesse der Einführung einer solchen Versicherung durch die deutschen Versicherungsgesellschaften entgegen. Es ist daher gewiß angebracht, jetzt schon eine Aussprache über dies wichtige Thema herbeizuführen. Eine wichtige und vielumstrittene Angelegenheit wird auch in der Besprechung darüber erörtert werden, inwiefern die Genossenschaften Maßregeln getroffen haben und treffen können, um die mißbräuchliche Ausnutzung und Verwendung der von ihnen hergestellten Erwerbshäuser zu verhindern. Naturgemäß ist es das Bestreben der Baugenossenschaften, die Erwerbshäuser bauen, daß diese Häuser von ihren Genossen als Eigenwohnung benutzt werden und nicht etwa nach kurzer Zeit aus spekulativen Gründen veräußert oder ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung entzogen werden. Da aber die rechtliche Sicherung dieser Absicht der Baugenossenschaften nicht unerheblichen Schwierigkeiten begegnet, darf die Besprechung dieses Punktes besondere Beachtung für sich in Anspruch nehmen.

Weiterhin werden die Angelegenheiten der Handwerker-genossenschaften in einem eingehenden Antrage des Anwaltes über die Grundsätze, die bei der Errichtung und Organisation von Werkgenossenschaften zu beachten sind, sowie durch mehrere andere Vorträge besonders behandelt werden.

Die Deutschen Gewerksvereine sind von jeher Freunde dieser genossenschaftlichen Bestrebungen gewesen. Das bringt schon der Gedanke der Selbsthilfe mit sich, der beiden Strömungen zugrunde liegt. Wir wünschen deshalb der Tagung einen recht glücklichen Verlauf und geben bei dieser Gelegenheit auch dem Wünsche Ausdruck, daß unsere Mitglieder den Genossenschaften in ihren verschiedenen Formen ein recht reges Interesse entgegenbringen.

Eine Hilfstruppe der Agrarier.

Im Jahre 1904 wurde der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ gegründet. Der Reichsverband ist in weiten Volkskreisen unbeliebt, auch in solchen, die eine entschiedene Bekämpfung der sozialdemokratischen Endziele für notwendig erachten. Die erheblichen Geldmittel und die Organisation des Reichsverbandes verleihen ihm jedoch eine gewisse Machtstellung und einen nicht zu unterschätzenden Einfluß. Auch die Gewerksvereine müssen der Tätigkeit des Reichsverbandes Beachtung schenken. Sie stehen als nationale Organisation im Gegensatz zur Sozialdemokratie, ihr Kampf gilt aber nicht zuletzt jedem Rückschritt, gleichviel ob er unter dem Deckmantel konservativer, agrarischer oder sonstiger Bestrebungen sich geltend macht. Mit dem Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie können wir deshalb auch, abgesehen von anderen Gründen, nicht sympathisieren, weil er seinen Kampf gegen die Sozialdemokratie dadurch zu führen sucht, daß er die agrarischen Forderungen und Bestrebungen des Bundes der Landwirte zu den seinigen macht. Er ist eine Hilfstruppe der Agrarier.

Kürzlich hat dieser Reichsverband sein „Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler“ in zweiter Auflage erscheinen lassen. Wenn auch die hundertundsechzig Seiten darin einigermaßen richtig beurteilt werden, so hätte doch auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung im allgemeinen etwas wohlwollender behandelt werden müssen. Die Arbeiterorganisationen aller Richtungen haben doch unbestreitbare Verdienste um die Förderung der Arbeiterwohlthat, die einen mehr, die anderen weniger. Man sollte also nicht bloß, will man objektiv sein, die Schatten-, sondern auch die Lichtseiten hervorheben. Doch gleichviel — uns kommt es heute auf etwas anderes an.

Das reichsverbändlerische Handbuch läßt seine Vorliebe für die „bewährte Schutzpolitik“ und die indirekten Steuern unverhüllt erkennen. Es meint, das „Brotwuchergeschrei“ entpripne „hauptsächlich der Feindschaft gegen die Landwirtschaft“ und „Brotwucher“ sei ein beliebtes Schlagwort der Sozialdemokratie. Das „Handbuch“ irrt, — die Bezeichnung Brotwucher ist von sehr hoher Stelle geprägt worden, und über den tatsächlich getriebenen Brotwucher, dessen Folgen sich ganz besonders in der Zeitgeist bemerkbar machen, klagen alle Minderbemittelten ohne Unterschied der Parteistellung. Die Deutschen Gewerksvereine standen im Kampfe gegen die agrarische Brotverteuerung von Anfang an in der vordersten Reihe, nicht aus Zuneigung zur Sozialdemokratie, sondern im Interesse aller Volksfreie, denen durch die Zollgesetzgebung, vor allem durch übermäßig in die Höhe getriebene Zölle, die notwendigsten Nahrungsmittel verteuert wurden. Nach der zur agrarischen Seite neigenden Stellungnahme des Reichsverbandes ist es aber nicht verwunderlich, daß sein Handbuch auch die Fleischteuerung als etwas Unumgängliches hingestellt, für das die Sozialdemokraten das Wort Fleischwucher „als ergänzendes Schlagwort“ entdeckt haben. Auch den Reichsverbanden dürfte es nicht unbekannt sein, daß weite nichtsozialdemokratische Volkskreise über die agrarischen Ursachen der Brot- und Fleischteuerung mit den Sozialdemokraten einer Meinung sind. Und wenn das Reichsverbands-handbuch zu wiederholten Malen von den steigenden Löhnen spricht, diese auch statistisch nachzuweisen versucht, so ist zu betonen, daß die Steigerung der Löhne nicht eine allgemeine gewesen ist und, wo sie vorkam, meist in keinem Verhältnis zur Steigerung der Preise für fast alle Produkte steht. Den agrarischen Charakter des Reichsverbandes kennzeichnet übrigens auch das eifrige Bemühen seines Handbuches, die berühmte Brantwein-Liebesgabe, das Millionengeldstück an die schnapsbrennenden Großgrundbesitzer, als etwas ganz Harmloses hinzustellen. Eine Bereicherung der Brantwein-Erzeuger habe nicht stattgefunden, schreibt das Handbuch, es muß aber wahrheitsgemäß zugeben, daß der Spiritus mit 70 Mk. be-

steuert ist und die bevorrechteten Brenner für ihr Kontingent nur 50 Mk. bezahlen brauchen. In dieser Differenz liegt eben die „Liebesgabe“, sie stellt einen Gewinn dar, weil bei der Preisberechnung auch für den kontingentierten Spiritus die Vollsteuer in Höhe von 70 Mk. in Betracht kommt. Die agrarischen Brenner erhalten demnach 70 Mk. Steuer zurückerstattet, sie selbst führen aber für ihr Kontingent nur 50 Mk. an die Reichskasse ab und stecken die 20 Mk. Differenz pro Hektoliter schmunzelnd in die Tasche. Und der Reichsverband verteidigt diese Manipulation als ein gutes Recht der Agrarier! Diese Kennzeichnung dürfte genügen.

Die im Reichsverbände maßgebenden volkswirtschaftlichen Anschauungen sind vielfach recht sonderbarer Art. Hierfür nur ein Beispiel. Gegen die Forderungen der Sozialdemokratie, das stehende Heer abzuschießen, eine Forderung, der wir uns keineswegs anschließen wollen, führt das Handbuch die Weisheit ins Feld, die alljährliche Einstellung dieser 500 000 jungen Leute bedeute eine der Arbeiterkraft zugute kommende Entlastung des Arbeitsmarktes. Daß alljährlich die ausgedienten Mannschaften entlassen werden und dem Arbeitsmarkte wieder zufließen, also nur ein Austausch stattfindet, haben die Reichsverbandsgelehrten in der Hitze des Gefechts übersehen, dafür schreiben sie aber an einer anderen Stelle, gerade die Ausgaben für Heer und Flotte seien in hohem Maße produktiv. Wir möchten das Gegenteil behaupten: es gibt im Rahmen des Reichshaushalts keine Ausgaben, die, abgesehen von der Erhaltung der Wehrkraft, unproduktiv sind als die für Heer und Flotte. Davon, daß die gewaltigen, sich überstürzenden Rüstungen schließlich zum Ruin der Völker führen müssen, erwähnt der Reichsverband in seinem Handbuch natürlich kein Wort. Er fegelt auch hier im konservativ-agrarischen Fahrwasser.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 30. Juli 1909.

Auch eine Wirkung der neuen Steuern. Der Gewerksverein der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter (S.-D.) wollte seinen 8. ordentlichen Delegiertentag am 1. August in Heidelberg abhalten. Dadurch aber, daß die neuen Tabaksteuern schon am 15. August in Kraft treten, wird in der gesamten Tabakindustrie zurzeit derartig mit Hochdruck gearbeitet, daß einer Zahl der gewählten Abgeordneten der Urlaub zum Delegiertentag für den 1. August verweigert wurde. Infolgedessen hat sich der Generalrat genötigt gesehen, den Delegiertentag um 14 Tage zu verschieben, der dadurch erst am 15. August d. J. eröffnet wird.

Wir benutzen diese Gelegenheit, den Beratungen des Gewerksvereins einen recht guten Verlauf zu wünschen. Gerade die Zigarren- und Tabakarbeiter sind durch die Finanzreform derartig hart getroffen worden, daß alle Mittel versucht werden müssen, um den schweren Schlag wenigstens etwas zu mildern. Soffentlich tragen die Beschlüsse des Delegiertentages dazu bei, die Organisation zu festigen und zu fördern und damit wenigstens für die schlimmste Zeit ihren Mitgliedern einen Rückhalt zu sichern.

Sansabund und Scharfmachertum. Vor einigen Tagen wurde auch in Saarbrücken eine Ortsgruppe des Sansabundes gegründet. Bei dieser Gelegenheit soll der Sansabund von verschiedenen Rednern als eine Organisation hingestellt worden sein, die Unternehmerinteressen zu vertreten und gegen die Fortführung der Sozialpolitik Front zu machen habe. Selbstverständlich spielte dabei der unruhlmüchtige Dr. Tille eine Hauptrolle. Gegen diese Auffassung von der Bedeutung des Sansabundes wendet sich nun mit Recht die „Frankf. Ztg.“, indem sie schreibt:

„Die Berliner Leitung wird wohl nicht unheimlich, diese Auffassung des Sansabundes auf entscheidende zu desavouieren. Denn es handelt sich hier nicht um irgend eine beliebige Frage, bei der man den Ortsgruppen freien Spielraum lassen könnte, sondern um eine fundamentale Frage, von der unseres Erachtens kein ober Richter des Bundes abhängt. An dem Tage, an dem der Sansabund aufgehört, sich gegenüber der Sozialpolitik strikte Neutralität aufzuerlegen, würde er den Charakter einer gewöhnlichen Arbeiterorganisation & a. Zille bekommen, die von Fremden des sozialpolitischen Fortschritts nicht nur nicht unterstützt, sondern sehr entschieden bekämpft werden würde. Wir sind überzeugt, daß die leitenden Personen des Bundes unsere Auffassung teilen, aber es müßte ungetweifelhaft klargestellt werden, wenn nicht unter den Angehörigen verhängnisvolles Mißtrauen gefät werden soll.“

Soffentlich läßt die Hauptleitung des Sansabundes auf eine diesbezügliche Erklärung nicht allzu lange warten. Ramen wie Kirchoff und Dr.

Tille sind in der Tat nicht geeignet, das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten zum Danabund zu fördern. Um so notwendiger ist es, daß gegen jedwede scharfmacherische Tendenz unzweideutig Stellung genommen wird.

Einen Angriff des „Typograph“ auf unsere Gewerkschaften beantworteten wir mit dem Hinweis darauf, daß angesehene Mitglieder des Gutenbergbundes sich vor Anschluß an die christlichen Gewerkschaften um den Anschluß an den Verband der Deutschen Gewerksvereine bemüht hätten. Wir hatten dabei im weiteren Verlaufe der Auseinandersetzungen u. a. auch den Namen des Schriftsetzers G. Friedrichs genannt und gesagt, daß Herr Friedrichs wiederholt in unserem Bureau gewesen sei, um die Anschlußfrage zu fördern. Dies ist ein Irrtum, der dadurch entstanden, daß unserm Redakteur gesagt worden war, Herr Friedrichs habe wiederholt mit unserem früheren Redakteur, Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt, verhandelt. Im Bureau haben solche Besprechungen allerdings nicht stattgefunden. Friedrichs, ein Landsmann unseres Verbandsvorsitzenden, hat indes wiederholt das Lokal in unserem Verbandshause aufgesucht, und bei dieser Gelegenheit haben Besprechungen zwischen ihm und unserem Verbandsvorsitzenden stattgefunden, die allerdings die Frage des Anschlusses des Gutenbergbundes an unseren Verband betrafen. Neben diesen freundschaftlichen Besprechungen gingen, wie bereits mitgeteilt, dringende Zuschriften aus verschiedenen Orten an uns ein, die gleichfalls die Anschlußfrage an unseren Verband betrafen. Daraufhin ist diese Angelegenheit offiziell in einer Bureauaufsicht des Zentralrats, an der auch der verstorbene Dr. Max Hirsch noch teilnahm, verhandelt worden. Das Resultat war, diese Frage nicht weiter zu erörtern, weil der Gutenbergbund dem Bureau als eine Organisation von gelblicher Färbung erschien.

Arbeiterbewegung. In Breslau sind die in den Zinnungsbetrieben beschäftigten Bau-, Schlosser-, Schmiede- und Hilfsarbeiter in den Streik getreten, da die Zinnung sämtliche Forderungen der Gesellen rundweg ablehnte. Beteiligt ist der Gewerksverein der Maschinenbauer und der deutsche Metallarbeiterverband, die gemeinschaftlich vorgehen. — Die erneut aufgenommenen Verhandlungen zur Beilegung des Maurerstreiks in Forstheim sind vergeblich geblieben, da die Unternehmer die bedingungslose Aufnahme der Arbeit verlangten. — An dem Streik der Geldschrankfabriker in Berlin sind rund 560 Arbeiter beteiligt. Die Streikenden sind mit der Ausarbeitung eines neuen Tarifs beschäftigt, der den einzelnen Geldschrankfabrikanten zur Anerkennung vorgelegt werden soll.

Ein gewaltiger Kampf ist in Schweden ausgebrochen. Schon seit langer Zeit sind gegen 13 000 hauptsächlich in der Holz- und Papierbranche beschäftigte Arbeiter ausgesperrt. Um die Arbeiterkraft zur Nachgiebigkeit zu zwingen, sind in diesen Tagen weitere 40 000 Arbeiter auf das Pflaster geworfen worden. Man will sogar noch weiter gehen und eventuell am nächsten Montag wiederum 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen aussperren. Um diesem Plan vorzubeugen, haben die Organisationen beschlossen, in den Generalstreik einzutreten. — In England werden noch immer Versuche unternommen, den drohenden Bergarbeiterausstand zu verhüten. Eine zwischen den Vertretern der Grubenbesitzer und der Bergleute abgehaltene Konferenz ist wiederum ergebnislos verlaufen. Trotzdem soll ein neuer Einigungsversuch in London unternommen werden. Bei mangelndem Entgegenkommen der Arbeitgeber sind die Arbeiter entschlossen, den Kampf aufzunehmen. Von den britischen Grubenarbeitern haben 518 361 für den Ausstand zur Unterstützung der schottischen Bergleute gestimmt und nur 62 980 dagegen.

Eine Absage an die christlichen Gewerkschaften. In dem „Sächsl. Evang. Arbeiterblatt“, dem Organ für den Landesverband evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen, veröffentlicht Viz. D. Weber eine Berichtigung gegen eine von dem katholischen Vikar Windolph verfaßte Broschüre, die sich auch mit seiner Person beschäftigt. An diese Berichtigung knüpft der Redakteur Ziegenfuß „Ein offenes Wort zur Lage als Nachbemerkung“, worin den christlichen Gewerkschaften manche bittere Wahrheit gesagt wird. Es heißt da u. a.:

„Ich möchte in diesem Zusammenhange nicht ausführlich auf die Haltung der „christlichen Arbeitervertreter“ im Reichstag eingehen; daß sie aber nicht im Interesse der Arbeiter gestimmt haben, ist eine Tatsache, die nur dadurch zu erklären ist,

daß sie dem Fraktionszwange des Zentrums Folge leisten mußten. Soweit glaubt sich das Zentrum seines Einflusses in den christlichen Gewerkschaften sicher, daß es ungeniert und ungekränkt wagen dürfte, die Führer derselben vor den Triumphwagen römischen Galles zu spannen. Und Behrens, der christlich-sozialen Reichstagsabgeordnete von Zentrums Gnaden: der evangelische Arbeitervertreter, hervorgegangen aus den christlichen Gewerkschaften? Behrens fehlte in der entscheidenden Abstimmung über die Erbschaftsteuer! Und der Grund? Vielleicht ist er so freundlich, irgend einen Grund in einer „Rechtfertigung“ irgendwo zu veröffentlichen.“

Diese Charakteristik will um so mehr besagen, als der Verfasser jahrelang für die christlichen Gewerkschaften eingetreten ist und ihnen in Sachen gewissermaßen erst die Wege geebnet hat. Er ist jetzt aber zu einer anderen Anschauung gelangt:

„Jeder soll seine weltliche Ueberzeugung hochhalten, aber wenn er eines Besseren belehrt worden ist, soll er sich gegen dieses Bessere nicht mutwillig und absichtlich verschließen. Nicht einer anderen Gewerkschaftsrichtung zuliebe — ich betone das ausdrücklich — aber durch die Erfahrung, daß auch die maßgebenden Führer der christlichen Gewerkschaften nur Zentrumskleppentritter sind und daß Führer, die sich dagegen sperren, gar nicht aufkommen, durch diese Erfahrung hat sich meine persönliche Ansicht vom Segen der christlichen Gewerkschaftsbewegung geändert, daß ich sie auch nur als ein Werkzeug ultramontaner Herrschaftsgelüste ansehe. — Ich habe früher einen anderen Standpunkt vertreten, das weiß ich. Ich kann aber nicht anders, als dieser meiner besseren Einsicht nun endlich unzweideutigen Ausdruck zu geben.“

Gegen den Schluß bemerkt Ziegenfuß noch, daß der Landesverband der sächsischen evangelischen Arbeitervereine ebenso wie der Gesamtverband noch auf dem Boden der Neutralität stehen und sich gegen eine einseitige Beeinflussung zugunsten der christlichen Gewerkschaften wehren. „Wir aber erkennen diese Gewerkschaften je länger je mehr als eine Gefahr in nationaler Hinsicht.“ Es ist wirklich bitter, daß sich die Christlichen von einem Manne, der so viel für sie getan hat, sie also doch wohl kennen muß, einen solchen Vers in ihr Stammbuch schreiben lassen müssen. Wir dürfen es uns ersparen, dieser Kritik noch etwas hinzuzufügen.

Ein hartes, aber gerechtes Urteil über die „Gelben“ fällt auf dem christlichen Gewerkschaftskongress Freiherr v. Verlesch. Bei der Charakterisierung der einzelnen Arbeiterorganisationen sagte er über jene widerliche Erscheinung:

„Eine Richtung, die sich auch als „Arbeiter“-Organisation beizichnet, nenne ich nicht — die Gelben. Ich nenne die Gelben deswegen nicht, weil sie keine Arbeiterorganisationen sind, sondern lebighilfliche Gebilde, die von den Unternehmern gegründet sind, — was ich diesen allerdings gar nicht übel nehme — um die Stöckkraft der selbständigen Arbeiter-Organisationen zu brechen und den Unternehmern zu helfen, ihren „Herr im Hause“-Standpunkt durchzuführen. Daß diese Gebilde nicht in einer Reihe mit christlichen Arbeiterorganisationen genannt werden können, versteht sich von selbst.“

Herr v. Verlesch ist ein Mann von konservativer Weltanschauung, dessen Herz aber warm für die Bestrebungen der Arbeiterchaft schlägt. Um so schwerer muß sein Urteil über die Gelben in die Waagschale fallen.

Die Kampfweise der Verbändler gegenüber unseren Kollegen wird recht drastisch beleuchtet durch einen Vorgang, der sich vor kurzem in Nürnberg (Bayern) zutrug. Der Kollege Müller-Spremsberg hielt dort einen Vortrag, und in der Diskussion ergriff auch der Agitationsleiter Raitzel-Hof vom „freien“ Textilarbeiterverbände das Wort. Um die Wirkung der Ausführungen des Kollegen Müller abzuschwächen, hielt es der Herr für angebracht, die Leistungen der Krankenkasse des Gewerksvereins der Textilarbeiter herabzulügen. Derselbe tue nichts für die Mitglieder, und es herrschten überhaupt traurige Zustände in ihr. Es sei vorgekommen, daß eine Wöchnerin ihr Entbindungsgeld nicht freiwillig auf ihr Verlangen bekommen habe, sondern erst den Zwangsweg habe beschreiten müssen. Selbstverständlich wurde von dem Herrn, dem scheinbar so sehr viel an dem Wohlergehen unserer Mitglieder liegt, verlangt, die Firma und den Namen der betreffenden Arbeiterin zu nennen. Da aber Kniff Herr Raitzel und sagte, man möge sich nur zu ihm bemühen, wenn er Sprechstunde hätte, dann würde er die Namen schon nennen. Der Aufforderung wurde nachgegeben. Herr Raitzel wurde in seinem Bureau aufgefordert, Antwort zu geben. Aber auch da verweigerte er jede Auskunft, ein Beweis dafür, daß die ganze Geschichte erlogen

war und es ihm nur darauf ankam, dem Gewerksverein der Textilarbeiter eins auszuwichen.

Was hier in Nürnberg geschehen ist, passiert oft auch an anderen Orten. Mit den gemeinsten Lügen und Verleumdungen wird gegen die Gewerksvereine gehetzt, und da man nicht immer gleich in der Lage ist, diese Lügen zu widerlegen, erreicht jener gewissenlose Verleumder sein Ziel. Er schreift die unorganisierten Zuhörer vom dem Eintritt in unsere Organisation ab. Wenn einmal irgendwo ein solcher „Arbeiterfreund“ sich allzu breit macht, dann möge man diesen Vorgang aus Nürnberg hervorholen, um damit zu zeigen, wie wenig Glauben diese Art von Volksbeglüdern verdienen.

Mehr Licht für unsere Agitationsplakate! Ein Teil der Ortsvereinsauschüsse scheint an einer eigentümlichen Bescheidenheit zu franken. Während in den Zahlstellen und Vereinslokalen anderer Organisationen die Bekanntmachungen und Plakate derselben weithin sichtbar sind, findet man diese Plakate von unseren Gewerksvereinen in den Lokalen, in denen unsere Kollegen verkehren, entweder gar nicht oder in einer Ecke, in der sie niemand sieht. Oder sie werden im Vereinszimmer aufbewahrt und sind nur denjenigen sichtbar, die das Vereinszimmer betreten. Das ist falsch!

Unsere Kollegen sind nicht alle Temperenzler, daß sie grundsätzlich Restaurationslokale und Gastwirtschaften meiden; der weitaus größte Teil trinkt in irgend einem Lokal, wo sich die Kollegen zu gewissen Zeiten zusammenfinden, auch sein Glas Bier. Die Mitglieder der gegnerischen Organisationen haben es sehr gut verstanden, die Wirte solcher Lokale, in denen sie verkehren und ihr Geld verkehren, zu veranlassen, die Neklameplakate ihrer Organisationen an sichtbarer Stelle anzubringen. Das Geld unserer Kollegen ist aber auch kein Blei, und ebenso gut wie es die andern gemacht haben, müssen auch unsere Kollegen ihren Einfluß auf die Gastwirte ausüben, daß unsere Neklameplakate so angebracht werden, daß sie den Besuchern der Lokale in die Augen fallen, gesehen und gelesen werden. Will der Wirt das nicht, dann meißelt man das betreffende Lokal und geht dort hin, wo man mehr Entgegenkommen findet. So gut wie die Plakate anderer Organisationen angebracht sind, mit dem gleichen Recht müssen auch unsere Plakate zum Aushang kommen.

Kollegen! Ueberlegt das, sorgt dafür, daß unsere Gewerksvereine nicht ins Hintertreffen kommen, sondern arbeitet darauf hin, auch ihnen nach dieser Richtung hin den ihnen gebührenden Platz zu verschaffen. Bescheidenheit ist sehr schön, aber immer kommt man dabei nicht vorwärts; man muß sich auch hier und da durch eine gewisse Ellenbogenpolitik bemerkbar machen und den Platz erkämpfen, den man einzunehmen berechtigt ist. Also fort mit der Aengstlichkeit, rückt unsere Neklameplakate in das rechte Licht, wo sie hingehören!

Ueber die Vergütung staatlicher Lieferungen und Arbeiten in Oesterreich gibt eine Verordnung des Gesamtministeriums vom April dieses Jahres Anweisungen. Die Unternehmer werden darin verpflichtet, soweit wie möglich inländische Arbeiter zu verwenden, die nötigen Vorkehrungen für den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeiter zu treffen, die Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen- und Jugendschutz sorgsam zu befolgen und bestimmt endlich, daß die für Ueberschreitung der Lieferungsfrist vereinbarten Konventionalstrafen nicht gezahlt zu werden brauchen bei höherer Gewalt oder bei Streiks und Boykotts, die ohne Verschulden des Unternehmers eingetreten sind.

Es dürfte doch wohl ziemlich schwierig sein, immer den Nachweis zu führen, wer an einem Streik oder Boykott schuldig ist. Oder nimmt man in Oesterreich allgemein an, daß die Arbeiter immer die Schuld tragen?

Arbeitslosenversicherung in den Niederlanden. Die große Arbeitslosigkeit im verregenen Winter hat in verschiedenen größeren Städten Hollands die Frage der Arbeitslosenversicherung wieder aufgerollt. In Rotterdam hatte der Magistrat am Schlusse eines Gutachtens bemerkt, daß es nicht im Willkür- oder Interessenkreis der Gemeinden liege, den Arbeitslosen Unterstützung zu gewähren. Dieses Gutachten führte zu lebhaften Debatten im Stadtparlament, die mit der Einsetzung einer Kommission endigten, zu dem Zwecke, eine Vorlage auszubereiten, welche die Gewährung von Gemeindezuschüssen an Berufsvereine und andere Arbeiterkörperchaften zur Bekämpfung unfreiwilliger Arbeitslosigkeit vorstieft.

Diese Kommission hat ihre Arbeiten vollendet und schlägt nun die Errichtung einer Gemeindefakultät vor, der Berufsvereine, andere Arbeiterfördervereine am Orte, ferner Abteilungen von Berufsvereinen, die außerhalb der Stadt ihren Sitz haben, und endlich Vereine, die ausschließlich zum Zwecke der Arbeitslosenversicherung gegründet worden sind, angehören können.

Gegen die Vorschläge der Kommission sind zahlreiche Bedenken geäußert worden. Namentlich stößt die Zulassung von Vereinen, die nur die Arbeitslosenversicherung verfolgen, und von außerstädtischen Abteilungen, auf lebhaften Widerstand. Dadurch wird die Aufnahmefähigkeit sehr stark in Anspruch genommen werden.

Den neunständigen Maximalarbeitsstag in Bergwerken hatte vor kurzem die belgische Kammer einzuführen beschlossen. Der Senat wollte nun gefehlt festgelegt wissen, daß durch königlichen Erlaß diese Maximalarbeitszeit um eine Stunde verlängert werden kann, sobald die Verhältnisse es erfordern.

Gewerkvereins-Teil.

Duisburg. Unser hiesiges Arbeitersekretariat wurde im ersten Halbjahr 1909 von 1421 Personen in Anspruch genommen. Hiervon waren männlich 1322, weiblich 9. Organisiert waren 996, unorganisiert 425.

Die notwendigen Abschriften sind in dieser Zahl nicht mit einberechnet. Gegenüber dem Vorjahr hat die Aufstellung eine erfreuliche Steigerung erfahren. Das finanzielle Ergebnis besteht darin, daß insgesamt rund 7000 Mark den einzelnen Aufstufungsschleppenden erhalten resp. erlitten wurden.

Bei dieser Gelegenheit sei auch ein bedeutender Erfolg erwähnt. Der evangelische Bürger- und Arbeiterverein Duisburg-Neudorf hat beschlossen, sich dem Arbeitersekretariat der Deutschen Gewerkschaften anzuschließen.

Auswärtige Sprechstunden finden statt für 2 a r und Umgebend jeden Sonnabend von 8-10 Uhr abends in der Wirtschaft H. Schrauen in Laar, gegenüber der kath. Kirche, für B r u d e r u s e n und Umgebend jeden Mittwoch von 5-8 Uhr nachmittags in der Wirtschaft J. Höller zu Marzloh, Wolfstraße 40.

Verbands-Teil.

Aufforderung!

Für die den Ortsverbänden zum Verkauf zugesandten Verbands-Adressenverzeichnisse fehlt noch teilweise die Abrechnung mit der Verbandskasse.

Die Ortsverbandskassierer werden hierdurch ersucht, umgehend die Beträge einzufenden. Der geschäftsführende Ausschuß, R. Klein, Verbandskassierer.

5. Quittung über eingesandte Sammelgelder für die im Streit befindlichen Steinarbeiter (Bauhändler) in Wühlbach in Baden.

Bauhändler: Dortmund Nr. 440. **Bergarbeiter:** Hülserhausen II 5. **Waldbauer:** 120. **Waldarbeiter:** Berlin 9,30. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Lübbenau 2,95. **Graphische Verleger u. Maler:** Magdeburg 10. **Holzarbeiter:** Weutens 3. **Cottbus:** 3,75. **Schmölde:** 9,25. **Weißenfels:** 3. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Bernsdorf 2. **Dortmund I:** 11,85. **Meibach:** 10. **Schuhmacher u. Lederarbeiter:** Augsburg 3. **Berlin-Zentrum:** 5. **Legilarbeiter:** Selb 2,50. **Orts-**

verbände: Dessau 3. **Dortmund:** 6,80. **Köln a. Rh. 10.** **Pippstadt 5.** **Veitshau 10.** **Summa:** Markt 1247,45. **quittiert:** Nr. 1127,05. **Zusgesamt:** Nr. 1247,45. **Berlin,** den 30. Juli 1909. **Rudolf Klein,** Verbandskassierer.

Bersammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, N.O., Greifswalderstraße 221/223. **3. Juli** und **10. August** fallen die Sitzungen aus. **Erste Sitzung** nach den Ferien **Mittwoch, 8. September.** - **Gewerkvereins-Liedertafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, **Übungsstunde** im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. - **Distrikterklub Moabit.** Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, **Sitzung** bei Radau, Wolofstraße 58. - **Maschinenbau- und Metallarbeiter I.X.** Sonnabend, **31. Juli**, abends 8 1/2 Uhr, **Bersammlung**, Strittmeyerstr. 50. **Regulatorporto.** - **Waldarbeiter.** Montag, 2. August, abds. **19 Uhr**, **Bersammlung** Dresdenerstraße 10 bei Preuß.

Orts- und Reichsverbände.

Nachen (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. **Sonnabend** im Monat, abends 8 1/2 Uhr, **Distrikterabend** bei **Leuchter, Ecke Hanfmannplatz und Jützerstraße.** - **Hamburg (Ortsverband).** Jeden **Mittwoch**, abends 8 1/2 Uhr **brä.**, in **Hüttmanns Hotel, Voßstr.**, **Distrikterklub.** (Distrikterklub). **Jeden 2. und 4. Mittwoch** im Monat, abends 9 Uhr **bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77.** - **Dresden (Distrikterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig **jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr** im **Sandbierbräu Bebergsche 28.** **Katt. Gäste** will. - **Köln (Distrikterklub).** **Sitzung** jeden **Mittwoch**, abds. **9 Uhr** im **Restaurant Vater Rolping, Elterstraße.** **Hamburg (Distrikterklub).** **Jeden 2. u. 4. Mittwoch** u. **Montag** bei **Pactom, Kaiser Wilhelmstraße.** - **Duisburg (Distrikterklub).** **Jeden 1. und 3. Sonnabend** im Monat, abends 8 1/2 Uhr, **im Lokal des Herrn Hafenkamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend.** - **Malsheim-Mühle (Ortsverband).** **Jeden zweiten Sonntag** im Monat, **vormitt. 10 Uhr**, **Beraterstunde** beim **Herrn Joh. Köhler, Sandstraße 38.** - **Cottbus (Distrikterklub).** **Sitzung** **Jeden 2. und 4. Dienstag** im Monat bei **Rohlf, Berlinstr. 120.** - **Leipzig (Gewerkvereins-Liedertafel).** Die **Übungsstunden** finden **jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr** im **Bereinslokal „Stadt Hannover“**, **Seeburgstraße 25.** **Katt. Gäste** und **simmebegabte Mitglieder** sind herzlich willkommen. - **Weißenfels a. S. (Seitungsabteilung der Gewerkschaften).** **Übungsstunde** **jeden Dienstag**, abends 8 1/2 - 11 Uhr im **Bereinslokal „Schweizerhaus“**, **Schützenstraße.** **Berufsgenossen** der **Gewerkschaften** sind willkommen. - **Ferichau (Distrikterklub).** **Jeden Mittwoch** **8 1/2 Uhr** bei **Jander, Döhrstr.** - **Clettin (Sängerchor der Gewerkschaften).** Die **Übungsstunden** finden **jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr** im **Lokal Rebel, Poststr. 5.** **Katt. Stimmbegabte** **Kolleg.** sind herzlich willkommen. - **Witten u. Umgebend (Ortsverband).** **Sonntag, 1. August**, **nachm. 4 Uhr** bei **Kuhloff (Witten).** **Bretterstraße**, **kombinierte Vorstandssitzung** der **Ortsvereine:** **Maschinenbau** **Witten, Annen, Langendreer, Herbede** und **Barop**, sowie **Witten Lederarbeiter** und **Langendreer Bergarbeiter.** - **Leipzig (Ortsverband).** **Sonnabend, 31. Juli**, abends 9 Uhr, **Ortsverbandsversammlung.** **Vortrag** des **Herrn Schriftführer Otto Meißner:** „**Wohnungsreform.**“ **Sonntag, 1. August**, **Sommerfest** im **Albtrigarten, L. Anger.** **Programm** wird demnächst veröffentlicht.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Ortsverband Zabrze und Umgegend.

Sonntag, den 8. August er., findet im Saale des Herrn **Liebner in Biskupin**, nachmittags 2 Uhr, eine

kombinierte Vorstandssitzung

sämtlicher Ortsvereine des Verbandes Zabrze und Umgegend.

Tagesordnung:

1. Präsenzliste. 2. Vortrag des Kollegen **Schön** über: „Die Aufgaben des Ortsverbandes und der Vorstandsmitglieder“. 3. Vortrag des Kollegen **Krischler** über: „Gewerkschaft und Parteipolitik“. 4. Vortrag des Kollegen **Zahn** über: „Die Zukunft der Gewerkschaften in Oberschlesien.“

Nach jedem Vortrag findet freie Diskussion statt. Zum Ortsverband Zabrze gehören folgende Ortsvereine, und müssen dieselben unbedingt durch alle Vorstandsmitglieder vertreten werden: **Maschinenbau:** Biskupin, Ruda, Zabrze, Zabrze I und II. **Bergarbeiter:** Biskupin, Karf, Mikulischütz, Pilgendorf, Zabrze, Zabrze-Süd.

An der Sitzung können auch Mitglieder teilnehmen; dieselben müssen ihre Quittungsbücher mitbringen.

Um bestimmte Erscheinungen ersucht **August Krischler**, Ortsverbandsvorsitzender.

Ortsverbandskonferenz in Magdeburg.

Die Ortsverbandskonferenz für den 6. Bezirk findet **Sonntag, den 29. August, vormittags 11 Uhr**, in **Magdeburg**, in der „**Wilhelma**“, **Überstraße 129**, statt.

Tagesordnung:

1. Das Programm der Deutschen Gewerkschaften, 2. Die Aufgaben der Ortsverbände. Referent: **Verbandskassierer, Kollege Rudolf Klein** - Berlin. Zum 6. Bezirk gehören die Ortsverbände: **Wichersleben, Bittersfeld, Burg, Dessau-Roßlau, Förderstedt, Friedersdorf, Halberstadt, Halle, Jessau, Leopoldshall, Staßfurt, Magdeburg, Merseburg, Rathenow, Rudolfsdorf, Schönebeck, Wittenberg, Wittenberge** und **Berth.** Alle diese Ortsverbände werden ersucht, **Delegierte** zur Konferenz zu entsenden. **Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder** ist erwünscht. **Der geschäftsführende Ausschuß.** **S. A.: Rudolf Klein.**

Niederschlesisch-Brandenburgischer Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). (Vorort Spremberg)

Sonntag, den 29. August, findet in **Langensilber i. Schl.**, im **Gasthof „Glück auf“**, der

19. Ordentliche Delegiertentag

statt.

Tagesordnung:

- 11 Uhr **vormittags Hauptversammlung.** 1. Wahl der Geschäftsleitung. 2. Vortrag: „Die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Deutschen Gewerkschaften“. Referent: **A. Müller-Spremberg.** 3. Bericht der Mandatprüfer. 4. Jahresbericht des Vorstandes. 5. **Rassenbericht** und Bericht der **Rassenprüfer.** 6. Vortrag: „Welche Aufgaben hat der Ausbreitungsverband und was tritt an denselben neu heran?“ Referent: **D. Seidemann.** 7. **Anträge.** Dieselben sind bis zum **15. August** an den **Schriftführer C. Ulrich, Spremberg, R. L. Zägerstraße 4**, zu senden. 8. **Wahl des Vorstands.** 9. **Wahl des Vorsitzenden, Schriftführers und Kassierers.** 10. **Wahl des Dites** für den nächsten Delegiertentag.

Nach jedem Vortrag findet Diskussion statt. Wir bitten alle Ortsvereine sich vertreten zu lassen. Auch die Ortsvereine, welche dem Ausbreitungsverband noch nicht angehören, können Vertreter senden. **B. Reugebauer. C. Ulrich. A. Rippstadt.** NB. Bitte gleichzeitig mitzuteilen, ob sich die Kollegen am **Mittagsstisch** beteiligen.

Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen, a. s. d. n. f. n. und blüßigen bei

Th. Berkop, Oppeln.

Erfurt (Ortsverband).

Durchreisende **Verbandskollegen** erhalten **75 Pfg.** **Unterstützung** beim **Ortsverbandskassierer W. H. Huhn**, **Edwengasse 9.**

Rothenbach und Umgegend. (Ortsverband).

Reiseunterstützung, **65 Pfg.**, erhalten durchreisende **Gewerkschafter** beim **Kollegen G. u. H. Bichel, Bauverein Nr. 85, Rothenbach i. Schl.** **Verbands-Herberge:** **Gasthof zum Klara-Schacht.**

Essen (Mühle). Herberge zur

Selmat. **Arbeitsnachweis u. Berufsberatung** im **Gewerkschaftsbureau, Brohnhäuserstr. 58.**

Weißenfels a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten **Unterstützung** beim **Kollegen F. Fischer, Leipzigstr. 28.**

Jena. (Ortsverband). Durchreisende erhalten **75 Pfg.** **Unterstützung** bei **Carl Köhler, Greifgasse 2, Ecke Oberlauegasse.**

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten **1 Mark** **Unterstützung** im **Bureau, Mühlheimstr. 182.**

Edin und Mählein a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten **Bezugsgeld** im **Gewerkschaftsbureau, Seidenstr. 118 I.**

Leipzig-West (Ortsverband). Vom **1. Juli** ab erhalten durchreisende **Gewerkschaftskollegen** die **Karten** für das **Ortsverbands-geschenk** bei den **Bereinskassierern.** Für **Wendrodt** und **Nachquartier** haben dieselben in „**Stadt Hannover**“, **Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.**

Geisingen a. St. (Ortsverb.). Durchreisende **Verbandsmitglieder** erhalten **50 Pfg.** bei **A. Sapper, Hauptstraße 48.**

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten **70 Pfg.** **Unterstützung** bei **Robert Gaenger, Schramberg, Uhländerstr. 18.**

Ladenscheid. Der **Arbeitsnachweis** sowie **Ortsverbands-geschenk** befindet sich beim **Sekretär Herrm. Bartelt, Köhnerstr. 88.**